

Absender:

**Fraktionen SPD, BIBS, CDU im
Stadtbezirksrat 112**

20-14121
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderung Bebauungsplan Berliner Straße 52K, 38104
Braunschweig und Umgebung**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.08.2020

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

10.09.2020

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt für das Gebiet um den Bereich Berliner Straße 52K, 38104 Braunschweig, herum gelegene Gebiet einen neuen Bebauungsplan.

Beinhalten soll dieser Bebauungsplan auch das Verbot bordellartiger Betriebe und Wohnungsprostitution.

Hintergrund ist die in der Mitteilung 20-13867 veröffentlichte Genehmigung eines bordellartigen Betriebes, begründet mit der Klassifizierung als Gewerbegebiet.

Dieses ist so nicht mehr zutreffend und muss an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Sachverhalt:

Begründung:

In der näheren Umgebung gibt es inzwischen (u. a.) Wohnbaugebiete, Kleingartenanlagen, Rehasentrum, Lebenshilfe, Einkaufszentrum, Öffentliche Haltestellen (auch von Schülerinnen und Schülern genutzt) sowie weitere Firmen.

Ein bordellartiger Betrieb passt nicht in diese Umgebung und der Bezirksrat lehnt ihn daher erneut ab.

gez.

Peter Chmielnik

gez.

Tatjana Jenzen

gez.

Thorsten Wendt

Anlage/n:

Keine